

Thurgauer Politiker wollen den Islam aus Schulräumen verbannen

93

18.08.2025, 15:13

18.08.2025, 15:13

Thurgauer Kantonsräte wollen den Glaubensgemeinschaften ausserhalb der beiden Landeskirchen verbieten, in Räumen der Volksschule Religionsunterricht zu erteilen. Im Fokus steht der Islam.

Fünf Kantonsräte von SVP, EDU und Mitte verlangen mit einer Motion, das Thurgauer Volksschulgesetz so anzupassen, dass Religionsunterricht in Schulräumen ausschliesslich den staatlich anerkannten Kirchen erlaubt ist.



Bürgerliche Politiker wollen keinen Islam mehr im Religionsunterricht.

bild: imago stock&people

Gerade der Islam kenne keine europäische Aufklärung, argumentieren die Motionäre. Er trenne nicht zwischen Religion und Staat und stelle schliesslich den Koran über die Verfassung.

Für nicht-christliche Religionen gelte offenkundig, dass sie sich nicht mit dem Anspruch des Thurgauer Volksschulgesetzes vereinbaren liessen, wonach die Kinder nach christlichen Grundsätzen und demokratischen Werten gefördert werden sollen.

Regierung will keine Gesetzesänderung

Die Thurgauer Regierung lehnt die Motion ab. Ein solches Verbot würde die Gemeindeautonomie und die Möglichkeit, lokal auf Bedürfnisse zu reagieren, unverhältnismässig einschränken, schreibt sie in einer Stellungnahme.

Dem Regierungsrat seien vier Orte bekannt, an denen islamische Religionslektionen in Schulräumen unterrichtet werden. Die aktuelle Praxis, bei der die Schulgemeinden über die externe Nutzung von Schulräumen entscheiden und dabei sicherstellen, dass die Nutzung mit den Zielen der Volksschule und den Werten der Verfassung vereinbar sei, erscheint dem Regierungsrat angemessen, schreibt er weiter.

Der Thurgauer Grosse Rat berät am 27. August über die Motion. (dab/sda)